

Kurze Zusammenfassung und Kritik des SPD-Wahlmanifests „Vertrauen in Deutschland“¹

von
Egbert Scheunemann

Stand: 23. August 2005

In der deutschen politischen Linken kursierte über Jahrzehnte das Bonmot, dass jeder mögliche sozial, demokratisch und also links orientierte politische Bündnispartner, ja Koalitionär der SPD diese in Koalitionsverhandlungen und der nachfolgenden Realpolitik einfach zwingen sollte, ihr eigenes Programm eins zu eins umzusetzen. Geltendes Grundsatzprogramm der SPD ist nach wie vor das **Berliner Programm** von 1989.² Und dieses politische Grundsatzprogramm – welch' kühnes Gedankenspiel – zu verwirklichen, hieße, in Deutschland den „Demokratischen Sozialismus“, „Wirtschaftsdemokratie“, die „Überwindung der Klassengesellschaft“, „Arbeitszeitverkürzung“ und viele andere schöne Dinge zu verwirklichen.³ Wie wir wissen, kam aber nach dem Regierungsantritt der rotgrünen Koalition 1998 alles ganz anders. Die SPD betrieb mit ihrer „Agenda 2010“ und mit „Hartz I-IV“ eine Realpolitik, die den sozialdemokratisch, ja demokratisch-sozialistischen Grundwerten ihres Berliner Programms diametral entgegensteht.

Nun, bezüglich des aktuellen **Wahlmanifests** der SPD „Vertrauen in Deutschland“ – schon der Titel verursacht bei jedem wahrhaft kosmopolitischen demokratischen Sozialisten nur verständnisloses Kopfschütteln – sollte ein möglicher Koalitionspartner die SPD keinesfalls zwingen, es als Richtschnur ihres realpolitischen Handelns zu setzen. Man findet in diesem Manifest durchaus viele vernünftige Einzelforderungen – 64 Seiten ausschließlich mit neoliberalen wirtschafts- und sozialpolitischen Irrsinn voll zu schreiben, war wohl auch den Autoren der gründlich zerschröderten SPD nicht möglich. Aber speziell das erste knappe Drittel des Manifests (S. 5-21) stellt eine schier unerträgliche Schönschreiberei des „Erreichten“ dar (S. 6). Dieses „Erreichte“ lautet faktisch: Die Massenarbeitslosigkeit ist gestiegen und gestiegen und die Anzahl der Armen laut offiziellem (!!) rotgrünen Armutsbericht 2005 ebenso. Die Schere zwischen Arm und Reich klafft so weit auseinander wie nie zuvor. Öffentliche Einrichtungen (Schulen, Kanalisation etc.) verrotten, weil staatliche Investitionen in Deutschland einen historischen Tiefststand erreicht haben⁴. Und selbst der erste völkerrechtswidrige Angriffskrieg Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, der Überfall auf Jugoslawien 1999, geht auf das Konto der rotgrünen Koalition.

Sehen wir im Detail, wie die Autoren des SPD-Wahlmanifests diese triste Realität in eine Erfolgsstory umdichten⁵:

¹ http://kampagne.spd.de/040705_Wahlmanifest.pdf

² http://partei.spd.de/servlet/PB/show/1010243/programmdebatte_grundsatzprogramm.pdf

³ Alle Zitate stammen aus dem Berliner Programm der SPD von 1989. Alle nachfolgenden Zitate sind dem Wahlmanifest der SPD aus dem Jahre 2005 entnommen.

⁴ Vgl. www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/tabellen/Tab42jg.pdf

⁵ Ich möchte nicht verschweigen, dass die rotgrüne Koalition – im Sinne linksorientierter Politik – auch wirkliche Erfolge vorzuweisen hat, etwa den (leider noch viel zu langsamen) Ausstieg aus der kommerziellen Kernenergienutzung, im Bereich erneuerbarer Energien, beim Verbraucherschutz oder auch bei der rechtlichen Absicherung gleichgeschlechtlicher

1. Die Erfolge der rotgrünen Politik in der Wahrnehmung der SPD

Die „**Agenda 2010**“ sei notwendig gewesen aufgrund des „**Erbes von Helmut Kohl**“, das Deutschland „die höchste Steuer- und Abgabenbelastung... von 41,7 %“ sowie eine Steigerung der „Bundesschulden um 395 Mrd. Euro... allein von 1991 bis 1998“ hinterlassen habe (S. 6). Sie sei aber auch „die richtige politische Antwort auf **globales** Wirtschaften und das **Älterwerden** unserer Gesellschaft“ (S. 7). Warum ausgerechnet im Lande des langjährigen Exportweltmeisters Deutschland – die SPD stellt selbst fest: „Kein Land der Welt exportiert mehr als wir.“ (S. 8) – die Unternehmen bzw. die „deutsche Wirtschaft wieder (!! E.S.) wettbewerbsfähig gemacht“ (S. 7) werden musste und weiter muss durch das „**größte Steuersenkungsprogramm** der deutschen Nachkriegsgeschichte“ (S. 8 u. 56), das verrät uns das Manifest nicht. Man ist vielmehr „stolz auf das Erreichte... Nie waren die Steuersätze in Deutschland niedriger als heute.“ (S. 7-8)

Nonchalant verschweigt die SPD, dass diesen in der Tat historisch einmaligen finanziellen Einschnitten auf der staatlichen Einnahmenseite *zwingend* ebenso historisch einmalige finanzielle Einschnitte auf der staatlichen Ausgabenseite gegenüberstehen *mussten* – wollte man diese Steuersenkungen nicht einfach durch eine adäquate Erhöhung der Staatsverschuldung kompensieren. Wir erfahren also nichts von den historisch einmaligen Einschnitten ins soziale Netz wie vom historischen Tiefstand staatlicher Investitionen, nichts von Rentenkürzungen oder Kürzungen bei Arbeitslosengeld und -hilfe, nichts von Leistungseinschränkungen und Zuzahlungen im Gesundheitswesen, nichts von Arbeitszeitverlängerung im öffentlichen Dienst und nichts von geschlossenen öffentlichen Schwimmbädern oder Bücherhallen.

Und am allerwenigsten erfahren wir etwas von den verheerenden Folgen, die diese in Nachkriegsdeutschland historisch einmalige staatliche Sparpolitik und steuerliche Umverteilung von unten nach oben für die **Binnennachfrage**⁶ und also für Absatz, Produktion und Beschäftigung haben musste und faktisch hat: Jeder staatlich eingesparten Million und Milliarde entspricht ein adäquater Verlust an Aufträgen an Industrie- und Handelsbetriebe, an Produktion und also Beschäftigung: Wer den Gürtel enger schnallt, der stranguliert die Wirtschaft. Und jede von unten nach oben umverteilte Million oder Milliarde erhöht die Sparquote, die im oberen Einkommenssegment sehr viel höher ist als im unteren, und verringert adäquat die Konsumquote und damit Absatz, Produktion und Beschäftigung. Noch so gigantische Realgewinnsteigerungen, Folge der massiven steuerlichen Entlastung der Unternehmen, der Deckelung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und der Lohnkostenreduktion (Streichung von Urlaubs- oder Weihnachtsgeld etc.), führen nicht zu zusätzlichen Investitionen, wenn die inländischen Absatzmärkte einbrechen aufgrund kaputtgesparter Massenkauflkraft.

Kein Wort verliert die SPD auch darüber, warum „das **Älterwerden** unserer Gesellschaft“ (S. 7) die „Agenda 2010“ notwendig gemacht hat angesichts der Tatsachen, dass die Produktivität drei bis fünf mal schneller wächst als der Anteil der Alten an unserer

Lebensgemeinschaften. Gemessen am arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fiasko, den innenpolitischen Entwicklungen (in Richtung Sicherheits- und Überwachungsstaat) oder dem außenpolitischen Großmachtstreben („deutsche Interessen“ am Hindukusch und weltweit ‚verteidigen‘ zu wollen) zählen diese Erfolge aber *relativ* erbärmlich wenig.

⁶ Dass es inzwischen bzw. „derzeit“ so etwas wie eine „schwache Binnennachfrage“ gibt, sagt uns die SPD zumindest fast am Ende ihres Wahlmanifests (S. 58). Deswegen dürfe es, obwohl die SPD, wie wir später sehen werden, weitere Steuersenkungen für Unternehmen plant (S. 24 f.) und die „Konsolidierung der Staatsfinanzen“ fortsetzen will, „keine zusätzlichen Sparrunden“ geben (S. 59). Wie das funktionieren soll, wird und nicht gesagt.

Gesellschaft, dass dieser Anteil auch in den 1970er oder 1980er Jahren wuchs, ohne Rentenkürzungen ‚notwendig‘ zu machen (in den 1970er Jahren wurde der Sozialstaat sogar erst so richtig ausgebaut – bei einem Sozialprodukt, das damals weit weniger als die Hälfte des heutigen betrug!⁷), und dass wir heute den absoluten biologischen Grenzen des Wachstums des ‚Rentnerbergs‘ weit näher sind als damals.

Angesichts des **Anstiegs der Massenarbeitslosigkeit** um fast eine Million und der massiven Ausweitung prekärer, unsicherer und geringstfügig bezahlter Jobs seit Amtsantritt der rotgrünen Koalition 1998 kann man es nur noch als nackten Zynismus bezeichnen, wenn die SPD behauptet: „Unsere Arbeitsmarktpolitik beginnt zu wirken. Neue Wege aus der Arbeitslosigkeit sind durch „Ich-AGs“ und „Mini-Jobs“ eröffnet worden.“ (S. 8) Von den neuen Bundesländern, in denen die Arbeitslosenquote seit 1998 von 19,2 auf 20,1 Prozent *gestiegen* ist⁸, erfahren wir sogar, das „die Erfolge... sich mehren, und mit ihnen wächst der Mut.“ (S. 9) Das steht da schwarz auf weiß!

Vor dem Hintergrund rotgrüner Kaputtsparpolitik und schrumpfender öffentlicher Investitionen in allen Bereichen, dem Zerfall unserer **Schulen** und dem Fiasko namens PISA verkündet die SPD dann als weiteren Pluspunkt ihrer Politik: „Der Bund stellt 4 Mrd. Euro bis 2008 für 10.000 neue Ganztagschulen zur Verfügung.“ (S. 9 u. 43) Dass das pro Jahr (der vier Jahre von 2005-2008) und pro Gesamtschule gerade mal 100.000 Euro sind, das muss man dann leider selbst ausrechnen.

Kopfschütteln verursacht schließlich nur noch, wenn eine ehemals in internationalistischer und kosmopolitischer Tradition eingebundene demokratisch-sozialistische Partei im Lande des (wie uns sonst immer gepredigt wird) in die *globalisierten Weltmärkte* mehr und mehr eingebundenen „Exportweltmeisters“ (S. 26) mit geschwollener Brust stolz verkündet: „Die **Zuwanderung** nach Deutschland sinkt.“⁹; wenn die ehemalige Sozialstaatspartei SPD es als Erfolg geriert, dass durch Leistungskürzungen und steigende finanzielle Eigenbeteiligung im **Gesundheitsbereich** die „Eigenverantwortung gestärkt“, spricht: die gesundheitspolitische Entsolidarisierung eingeleitet wurde; oder wenn die jahrzehntelange vollkommen vernünftige Umwandlung kontinuierlicher Produktivitätsfortschritte in eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit als Schnee von gestern abgetan wird mit dem Hinweis: „Die unzeitgemäßen Anreize zu möglichst früher **Verrentung** wurden abgebaut.“ (S. 11)¹⁰ Zeitgemäß sind laut SPD hingegen – und das entspricht ja leider der bitteren, neoliberal zurechtgeschliffenen Realität – Entsolidarisierung und Privatisierung auch im Rentenbereich in Form des Ausbaus privater, „kapitalgedeckter Altersversorgung“ (ebd.).

2. Wie es grundsätzlich weitergehen soll – und wie nicht

Nach diesen Erfolgsmeldungen und vor einer detaillierteren Darstellung der einzelnen Programmpunkte (S. 22-63) lesen wir im Wahlmanifest der SPD zunächst sehr allgemeine, nahezu schwafelige Ausführungen über eine erstrebenswerte „Soziale Marktwirtschaft“ (S. 13-15) und die grundsätzliche „Richtung“ (S. 13-17), in der es weitergehen soll. Und das beginnt mit einem regelrechten Paukenschlag: „Deutschland steht im

⁷ Vgl. www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/tabellen/Tab24jg.pdf

⁸ Vgl. www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/download/tabellen/Tab21jg.pdf

⁹ Und der „Weg der Steuerung“ und „Begrenzung“ der Zuwanderung soll auch „fortgeführt“ werden (S. 48).

¹⁰ Später liest man: „Unser Ziel ist, das faktische Renteneintrittsalter an das gesetzliche Eintrittsalter von 65 Jahren heranzuführen.“ (S. 54)

Kampf (!! E.S.) um seine Zukunft.“ (S. 13) Dass dies durchaus wörtlich zu nehmen ist, erfahren wir kurz darauf: „Wir sichern und schaffen Frieden im Rahmen des Völkerrechts (wie damals im Falle der Bombardierung Jugoslawiens; E.S.), auch mit **militärischen** Mitteln (!! E.S.), wo es nötig ist und die Humanität es gebietet.“ (S. 16)

Auch **sozialpolitisch** soll an Bewährtem festgehalten werden. Die SPD will „einen Staat, der sich nur einmisch, wenn es nötig ist, der fordert und fördert und der das Prinzip der Subsidiarität beachtet. Einen aktivierenden Staat.“ (S. 15) Im Zeitalter lügnerischen Neusprechs, in dem radioaktiv strahlende Müllkippen zu Entsorgungsparks und die Bombardierung von Städten zu humanitären Interventionen sprachveredelt werden, wundert man sich auch nicht mehr über den Begriff „aktivierender Staat“ im Kontext der Wiedereinführung von *Zwangsarbeit* für langfristig Arbeitslose 60 Jahre nach dem historischen Ende des Faschismus in Deutschland. Nichts anderes ist die durch „Hartz IV“ (S. 27-29) vollzogene Verordnung der Zumutbarkeit JEDER Arbeit auch zu – weit untertariflich bezahlten – Hungerlöhnen oder gar für nur einen Euro pro Stunde bei Strafe des Entzugs JEDER staatlichen Hilfe und auch noch des sozialen Versicherungsschutzes im Falle der Weigerung, sich zugunsten der Profitmaximierung anderer ausbeuten zu lassen.

Dass die SPD allgemein „**mehr Demokratie** und damit den Volksentscheid“ anstrebt (S. 17), soll glauben wer will – angesichts der Schilyschen Innenpolitik, von der selbst der grüne Koalitionspartner schreibt: „In der Innenpolitik mussten wir vielfach dafür sorgen, dass Otto Schily die CDU/CSU nicht rechts überholt.“¹¹; oder vor dem Hintergrund der massiven Weigerung der rotgrünen Koalition, in Deutschland ein Plebiszit über den EU-Verfassungsentwurf durchzuführen.

Richtungen, in die es *nicht* gehen darf, sind nach Meinung der Autoren des SPD-Wahlmanifests die „**Sackgasse(n)**“, in die uns zum einen „**CDU/CSU und FDP**“ mit ihrer Politik „sozialer Kälte“ führen wollen (S. 19). Eine andere „Variante des Irrwegs vertreten... PDS und WASG“, die „Rezepte von gestern“, ganz „realitätsfern“ und „nicht finanzierbar“, vertreten und „eitlen Populismus“ betrieben, der „nicht Hilfe zur Selbsthilfe, sondern eine Kultur der Abhängigkeit“ zur Folge habe (S. 21). Im Falle des Vorwurfs „sozialer Kälte“ in Richtung der drohenden Hardcorevariante neoliberaler Politik durch CDU/CSU und FDP führt die SPD zumindest noch die Argumente an, dass eine schwarzgelbe Koalition eine unsoziale „Kopfpauschale“ im Gesundheitswesen einführen oder „Spitzenverdiener“ noch weiter entlasten wolle (S. 19). Als Begründung der Vorwürfe in Richtung von PDS und WASG steht hingegen NICHT EIN konkretes inhaltliches Argument zu lesen – wahrscheinlich genau deswegen, weil man die programmatischen Forderungen von PDS und WASG größtenteils wortgleich aus dem, wie einleitend schon angemerkt, nach wie vor parteioffiziell *geltenden* Berliner Grundsatzprogramm der SPD von 1989 hätte abschreiben können. Man kann ja schlecht gegen Politikkonzepte *inhaltlich* argumentieren, die man eigentlich noch selbst vertritt – grundsatzprogrammatisch zumindest – , und die von Leuten vorgetragen werden, die vor noch nicht allzu langer Zeit und in ihrer großen Mehrzahl noch eigene waren...

3. Die programmatischen Einzelforderungen der SPD in kritischer Auswahl

Kritische Zusammenfassungen von Wahlprogrammen haben es, man munkelt, so an sich, eben *kritisch* zu sein und die Darstellung und das Lob des programmatisch durch-

¹¹ „Eines für Alle: Das Grüne Wahlprogramm 2005“, S. 14. Ich werde das Wahlprogramm der Grünen in einer nachfolgenden Arbeit einer gründlichen Kritik unterziehen.

aus Vernünftigen den Parteiprotagonisten zu überlassen. Ich möchte mich im Folgenden also auf die Darstellung und Kritik der eben *kritikwürdigen* programmatischen Einzelorderungen im SPD-Wahlmanifest 2005 beschränken – zumal die SPD in ihrer Programmgeschichte schon viele schöne Dinge gefordert und noch mehr nicht verwirklicht hat, ja, wie eingangs schon dargestellt, in den letzten Jahren das genau Gegenteil von dem machte, was in ihrem Berliner Grundsatzprogramm geschrieben steht. Ich gehe dabei in der – nicht gerade systematischen – Reihenfolge der im Manifest abgehandelten Politikbereiche vor:

Auch das Wahlprogramm der SPD beginnt mit dem Unvermeidlichen – der Beshwörung, dass Exportweltmeister Deutschland nichts dringlicher brauche als „eine exzellente und offene Forschungsinfrastruktur“ und „eine **Innovationspolitik** aus einem Guss“, „Innovation und Kreativität“ und eine „Exzellenzinitiative für Spitzenuniversitäten“ als „Sprungbrett in die Weltklasse“, ja sogar ein *neues* Erneuerungsprogramm, sprich: ein „neues Innovationsprogramm“, um „Spitzentechnologien“ und „Leuchtturmprojekte“ im Zuge einer Initiative „Partner für Innovation“ am „Innovationsstandort Deutschland“ und im Kontext „neuen Denkens“, von „mehr Forschung ohne Fesseln“ und überhaupt einer „neuen Kultur der Innovation“ zu entwickeln (S. 23-24).¹²

Gerne würde ich sehen, wie Bundeskanzler Schröder in der Entwicklungsabteilung von Daimler-Benz den anwesenden Ingenieuren – die genau deswegen international höchst konkurrenzfähige Spitzentechnologie entwickeln, weil sie hervorragend ausgebildet, durch leistungsgerechte Löhne und Arbeitsbedingungen motiviert sind, unter internationalem Konkurrenzdruck stehen und weil ihr Unternehmen im Umfeld einer hervorragenden wirtschaftlichen wie staatlichen Infrastruktur produziert – erläutert, dass er ihnen zukünftig mit neuem, innovativem, kreativem, exzellentem, ja leuchtendem Denken ohne Fesseln beispringen werde, damit sie noch innovativere, noch konkurrenzfähigere Autos der Weltklasse entwerfen können. Nur wohlgezogene Höflichkeit würde diese Ingenieure wohl daran hindern, Schröder für dieses Geschwätz einfach zum Bierholen zu schicken.

Anstelle einer auch nur andeutungsweisen Detaillierung, was es mit diesen innovativen Innovationsinitiativen konkret auf sich haben könnte, lesen wir im direkt Folgenden ganz unverhofft und ausschließlich eine Auflistung **neuer Steuererleichterungen und Vergünstigungen für Unternehmen!** So sollen die Körperschafts-, Gewerbe- und betriebliche Erbschaftssteuer gesenkt werden oder Mittelstandsbetriebe zinssubventionierte Kredite erhalten (S. 24-25). Wenn das kein Ausdruck innovativen Denkens ist!

Weil nun Deutschland schon „Exportweltmeister“ ist und die rotgrüne Koalition durch Steuer- und Abgabensenkungen ihren Teil zur Reduktion der „Lohnnebenkosten“ geleistet habe, seien nun in Sachen **Schaffung neuer Arbeitsplätze** primär „die Unternehmen... in der Pflicht“ (S. 26). Was der Staat nur noch machen könne, sei etwa, die Entwicklung zu mehr „haushaltsnahen Dienstleistungen“ (mit anderen Worten: das Anheuern von Putzlakaien für Wohlbetuchte) zu „unterstützen“ oder auch weitere Bereiche öffentlichen Wirtschaftens zu privatisieren in Form einer Stärkung der Beteiligung „privater Investoren an der Finanzierung von öffentlicher Infrastruktur“ (S. 26). Zudem müsse „illegale Beschäftigung massiv“ bekämpft und eine „nötige Flexibilität in der Arbeitszeit“ durch die Tarifparteien vereinbart werden – wobei eine „generelle (also nicht jede; E.S.) Arbeitszeitverlängerung mit dem Ziel der faktischen Lohnkürzung... der falsche Weg“ wäre (S. 27). Da „Ich-AGs und Mini-Jobs... einen Boom“ erlebten, will

¹² Vgl. zu analogem Innovationsgeschwafel etwa das Wahlprogramm der CDU bzw. meine Kritik daran: www.egbert-scheunemann.de/CDU-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf, S. 1-2.

die SPD diese zugunsten eines „Einstiegs in existenzsichernde Beschäftigung“ weiter „gestalten und steuern“ (ebd.); und auch durch den „mit der Wirtschaft vereinbarten (diese aber zur rein gar nichts *verpflichtenden*; E.S.) Ausbildungspakt“ oder etwa eine „Lohnkostenunterstützung“ bei Einstellung „Älterer“ (was einfach eine weitere Form von Gewinnsubventionierung wäre) soll Beschäftigung geschaffen werden (S. 28).

Wir lesen also: Die Förderung prekärer, schlecht bezahlter und sozial schlecht abgesicherter flexibler Dienstleistungsjobs für Deutsche ist DIE beschäftigungspolitische Strategie der SPD! Dass sie zumindest an einer Stelle auch fordert: „Die kommunalen Investitionen müssen wieder steigen.“ (S. 27), etwa um öffentliche Gebäude energetisch zu sanieren (S. 26), ist dann nur als Lippenbekenntnis zu verstehen angesichts ihrer grundsätzlichen Strategie eiserner Haushaltssanierung und faktischer Kaputtsparpolitik.

Der „**Aufbau Ost**“ soll dann vor allem durch „Verfahrensbeschleunigungen“, „Investitionszulagen“, eine „Deregulierung von Bundesrecht“ und generellen „Bürokratieabbau“ vorangebracht werden (S. 30) – weil im Osten ja das Hauptproblem ist, dass Heerscharen von Arbeitslosen und prekär Beschäftigten von bösen Bürokraten gehindert werden, ihre Spitzeneinkommen in investitionsgeförderte Geschäfte zu tragen! Und würde sich dieser Ausgabenstau, sozusagen eine bürokratisch verursachte Prasshemmung, nicht noch dadurch verschärfen, dass, wie die SPD verspricht, das „Arbeitslosengeld II in Ost“ um unglaubliche 14 Euro auf das sensationelle Westniveau von 345 Euro pro Monat angehoben wird (S. 31)?

Auf jeden Fall will die SPD „**existenzsichernde Löhne**“ (S. 33). Die Arbeitnehmer hätten „erhebliche Opfer gebracht“, „Erhöhungen der Arbeitszeit akzeptiert... und sich mit sehr moderaten Lohn- und Gehaltserhöhungen (die faktisch oft Reallohnkürzungen waren; E.S.) begnügt. Das war notwendig (wie die zusammengebrochene Binnennachfrage und fünf Millionen Arbeitslose zeigen; E.S.), und es hat sich gelohnt (Lohnkürzungen lohnen sich also – für die Unternehmer; E.S.).“ (ebd.)

Wie wenn die Massenarbeitslosigkeit primär durch ausländische Arbeitsmigranten verursacht worden wäre, fordert das Wahlmanifest der SPD an erster Stelle, das (für sich genommen ja durchaus sinnvolle) „Arbeitnehmer-Entsendegesetz... auf alle Branchen“ auszuweiten, um „Lohn- und Sozialdumping“ zu bekämpfen (S. 34). Erst an zweiter Stelle wird von den Tarifparteien die Aushandlung „bundeseinheitlicher tariflicher (!! E.S.) Mindestlöhne“ gefordert, und es wird angekündigt: „Soweit dies nicht erfolgt..., werden wir Maßnahmen für einen gesetzlichen Mindestlohn ergreifen.“ (ebd.) Da der heute schon ausgehandelte unterste Tariflohn faktisch und definitorisch ein *tariflicher* Mindestlohn IST und tarifgebundene Arbeitgeber für Arbeitgeber, die aus den Arbeitgeberverbänden ausgetreten sind und untertariflich bezahlen, nichts können, können wir nach dieser Logik auf die Einführung *gesetzlicher* Mindestlöhne – zumindest durch die derzeitige SPD – warten, bis wir schwarz sind.

In Sachen **Verkehrs-, Energie- und Umweltpolitik** erfahren wir im Weiteren, dass die Einführung der „LKW-Maut“ ein voller Erfolg war (S. 37). Dass die in Deutschland realisierte Version der Erhebung einer LKW-Maut die denkbar technisch aufwendigste, teuerste und deswegen dümmste Art und Weise war und ist, LKW-Verkehr (umweltpolitisch) zu verteuern und (verkehrspolitisch) verstärkt zur Kasse zu bitten (das hätte man durch ein einfaches Vignettensystem wie in der Schweiz oder durch eine – perspektivisch europaweite – Erhöhung der Mineralölsteuer auch sehr viel billiger haben können) – davon liest man im SPD-Manifest natürlich nichts.

Nicht nur der (derzeitige) grüne Koalitionspartner der SPD wird sich über deren Willensbekundung wundern, die „Energiekosten schrittweise zu senken“ (S. 38), statt sie durch eine schrittweise Anhebung von Ökosteuern zu erhöhen, um eine energetische Effizienzrevolution und damit Exportvorteile und wachsende energetische Autarkie zu induzieren. Dass die SPD dann einige Seiten später eine solche „Effizienzrevolution bei

der Nutzung von Energie und Rohstoffen“ selbst fordert (S. 41), gehört zu den vielen Ungereimtheiten ihres Manifests.

Zu letzteren muss auch die Ankündigung im Kontext der **Familienpolitik** gezählt werden, einen „Rechtsanspruch“ auf die „Tagesbetreuung für die unter 3-Jährigen... bis 2010“ durchzusetzen und sogar noch die „Gebührenfreiheit für Kitas“ zu realisieren (S. 46). Wie das angesichts ebenso angekündigter fortgesetzter Haushaltskonsolidierung und, wie gezeigt, weiterer Steuersenkungen (für Unternehmen) funktionieren soll, fragt man sich vergeblich.

Im Bereich der **Außenpolitik** schließlich „bleibt“ der „Europäische Verfassungsvertrag“, der die EU-Länder zu einer neoliberalen Wirtschaftspolitik und verstärkten Rüstungsanstrengungen *verpflichtet*, für die SPD „aktuell“ (S. 60). Man wundert sich also nicht, dass ein SPD-regiertes „Deutschland bereit ist, international noch mehr Verantwortung zu übernehmen, auch im Sicherheitsrat“, und dass dies ausdrücklich „militärische Verantwortung“ einschließt (S. 62).

Zu dieser Übernahme von mehr Verantwortung gehört endlich auch das Versprechen, die **Entwicklungshilfe** „bis 2015 auf 0,7 % des Bruttonettoprodukts“ zu erhöhen (S. 63). Die so genannten Entwicklungsländer können also nur hoffen, dass die SPD die nächsten drei Bundestagswahlen siegreich übersteht.